



Serge Embacher

Zivilgesellschaft und Sozialdemokratie in Europa

Aktuelle Entwicklungen und normative Perspektiven

■ **Eine aktive Zivilgesellschaft ist für die europäische Integration unerlässlich.** Als supranationales Gebilde mit demokratischem Anspruch ist die Europäische Union (ebenso wie Nationalstaaten) auf Normen setzendes Handeln engagierter Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

■ **Eine europäische Zivilgesellschaft ist erst in Ansätzen zu erkennen.** Ihre Entwicklung ist möglich, setzt aber geeignete Rahmenbedingungen voraus und kann sich nur vollziehen, wenn die Unionsbürgerinnen und -bürger den Sinn einer europäischen Demokratie für sich erkennen.

■ **Die Sozialdemokratie ist in Deutschland und Europa nur schwach in zivilgesellschaftlichen Strukturen verankert.** Ihr Identitätsproblem – Was kann sozialdemokratische Politik heute überhaupt bedeuten? – schlägt auf ihre Beziehungen zur Zivilgesellschaft durch.

■ **Die sozialdemokratischen Parteien in Europa müssen sich demokratisieren und modernisieren.** Sie müssen sich – wie das ansatzweise in den osteuropäischen Transformationsgesellschaften der Fall ist – als Teil der Zivilgesellschaft (und weniger als staatstragende Organisationen) definieren.

■ **Die europäische Zivilgesellschaft braucht einen Demokratisierungsschub.** Ohne eine massive Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten innerhalb und außerhalb der sozialdemokratischen Parteien, d. h. ohne eine konsequente Öffnung des politischen Prozesses zur europäischen Gesellschaft hin, wird es auf Dauer keine funktionsfähige Zivilgesellschaft als Kernelement der europäischen Integration geben können.

FEBRUAR 2010

Inhalt

Einführung – Zur Funktion der Zivilgesellschaft für die europäische Integration . . .	2
Generelle Entwicklung	3
Strukturen der Zivilgesellschaft in Europa – Ansätze und Hindernisse.	3
Einige Beispiele für zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa	4
Zivilgesellschaft und Sozialdemokratie	5
Zivilgesellschaftliche Verankerung der Sozialdemokratie in Europa.	5
Die traditionellen Partner der Sozialdemokratie	5
Neue Partner der Sozialdemokratie	6
Literatur	8

»Vielleicht ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, an dem die Eliten in Europa in einen intensiven Dialog mit ihren Bürgern über die Finalität Europas eintreten sollten. Der Euroskeptizismus kann nur überwunden werden, wenn die EU-Politiker ihre Entscheidungsprozesse transparenter gestalten.«
(Ludwig Watzal 2005)

Einführung – Zur Funktion der Zivilgesellschaft für die europäische Integration

»Die Zivilgesellschaft setzt sich aus mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten. Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problem-lösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert.« (Habermas 1992)¹

Was Jürgen Habermas in seinem bahnbrechenden Buch »Faktizität und Geltung« abstrakt, aber präzise formuliert hat, weist die Richtung für ein angemessenes Verständnis von Zivilgesellschaft unter sozialdemokratischen Vorzeichen: Zivilgesellschaft kann sinnvollerweise nur als ein politisches Projekt der Selbstbestimmung von aufgeklärten Bürgerinnen und Bürgern verstanden werden, die sich mittels zivilgesellschaftlicher Organisationen in den politischen Prozess einmischen und ihn als ihre eigene Angelegenheit begreifen. Das Ziel einer besseren Demokratie, die zu mehr Freiheit, Gerechtigkeit und selbstbestimmter Eigenverantwortung führt, ist das entscheidende Antriebsmoment für ein tragfähiges Konzept von Zivilgesellschaft. Im Modell der solidarischen Zivilgesellschaft geht es im Sinne einer deliberativen (beratschlagenden) Demokratie vor allem um diesen Aspekt, also um eine »Demokratisierung der Demokratie« im Zeitalter ihrer Gefährdung durch postdemokratische Tendenzen.²

Die Idee der deliberativen (beratschlagenden) Demokratie (vgl. Habermas 1992 und 1996) nimmt ihren Ausgang von der Überlegung, dass demokratische Entscheidungen nur dann als legitim gelten können, wenn alle von ihnen (potenziell) Betroffenen die Chance haben, darüber mitzuberaten. Sie geht ferner davon aus, dass Verständigung über politische Ziele mittels kommunikativen Handelns im Raum der Öffentlichkeit tatsächlich möglich ist, auch wenn dieser Raum faktisch mehr oder weniger stark vermachtet ist. Der Gedanke einer öffentlichen Deliberation über politische Ziele entspricht den legitimen Freiheits- und Gerechtigkeitsansprüchen einer pluralistischen modernen Gesellschaft. Nimmt man diesen Gedanken ernst, dann muss die repräsentative parlamentarische Demokratie um deliberative Elemente erweitert werden. Das würde auch dem originär sozialdemokratischen Anspruch auf Teilhabe entgegenkommen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen ja bekanntlich davon aus, dass Freiheit für jeden möglich ist, wenn die Bedingungen dafür gegeben sind. Das muss heute, neben der Garantie materieller Teilhabe auch die diskursive Teilhabe am Prozess der Politik beinhalten.

Soweit die knappe idealtypische Skizze. Faktisch lässt sich aber in den letzten Jahren eine ganz andere, nämlich gegenläufige Tendenz beobachten. Die rechtsstaatlich-demokratischen Verfahren, inklusive der bisherigen Instrumente der Bürgerbeteiligung, werden zunehmend von informellen – und demokratisch nicht legitimierten – Prozessen der Entscheidungsfindung überlagert (vgl. Crouch 2008). Die Demokratie ist durch den massiven Einfluss ökonomischer Interessen, durch eine Depotenzierung staatlicher Politik, durch eine Politik der Kommissionen (Hartz, Rürup etc.), durch Privatisierung, Deregulierung und weitere Faktoren ausgehöhlt worden. Das führt zu einem starken Akzeptanzverlust bei Wählerinnen und Wählern, die sich mehr und mehr vom demokratischen Prozess parteipolitischer Prägung abwenden. Die stark gesunkenen Beteiligungsquoten bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen in Deutschland sind eindeutiger Beleg dafür (vgl. Embacher 2009).

Das ist der aktuelle gesellschaftliche Hintergrund, vor dem Fragen der Zivilgesellschaft betrachtet und gestellt werden müssen: Wie kann eine starke und

Dr. Serge Embacher ist Politikwissenschaftler u. Publizist mit den wissenschaftlichen Schwerpunkten: Demokratietheorie, Theorie der Öffentlichkeit, Macht- u. Herrschaftssoziologie, Gouvernementalitätsstudien.

- 1 Zur Unterscheidung von liberaler und solidarischer Zivilgesellschaft vgl. Embacher/Lang 2008, 94 ff.
- 2 Eine Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Kommission von 1997 lautet: »Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden und Wirtschafts- und Sozialpartnern« (CES 1398/97), eine Mitteilung der Kommission trägt den Titel »Die Förderung der Rolle gemeinnütziger Vereine und Stiftungen in Europa« (KOM [97] 214 endg. v. 6.6.1997). Ein weiteres Beispiel ist das Diskussionspapier der Kommission unter der Überschrift »Ausbau der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kommission und NROs« (KOM [2000] 11).

selbstbewusste Zivilgesellschaft dazu beitragen, die Ungleichgewichte, die in den letzten Jahren zugunsten einer entfesselten kapitalistischen Ökonomie entstanden sind, zu beheben? Wie kann das demokratische Gemeinwesen so ausgestaltet werden, dass es attraktive Anreize zur staatsbürgerlichen Beteiligung bietet? Wie können sich Staat und Gesellschaft dabei sinnvoll ergänzen? Und auf Europa gemünzt: Wie kann der Prozess der europäischen Integration von der bürokratischen Überformung durch eine von der Lebenswelt weitgehend entkoppelte Expertokratie zu einer demokratisch stärker legitimierten und von größerer Akzeptanz getragenen Entwicklung geführt werden?

Historisch war es die organisierte Arbeiterschaft in Form von Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei, die im 19. Jahrhundert als starke zivilgesellschaftliche Macht und durch öffentlichen Druck (massive Proteste, Streiks, ziviler Ungehorsam) den Wandel vom liberalen Nachtwächter- zu einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat wesentlich beförderte. Das Leitmotiv dieser politischen Bewegung bestand in der Idee, dass die Verwirklichung von Freiheit an gesellschaftliche und materielle Voraussetzungen geknüpft ist, die nur ein aktiver und wohlfahrtsstaatlich ausgerichteter Staat gewähren kann.

Heute ist der Wohlfahrtsstaat bekanntlich in die Defensive geraten. Nach jahrzehntelangem Dauerbeschuss durch einen stark neoliberal geprägten Diskurs und eine darauf fußende Politik der Beschneidung (offiziell: des »Umbaus«) des Sozialstaats sind soziale Bürgerrechte aktuell wieder stark gefährdet. Tiefe soziale Spaltungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ohne dass nationale Politik daran etwas zu ändern vermag. Auf der europäischen Ebene, wo seit langer Zeit vor allem seitens der EU-Kommission ein marktliberaler Kurs gefahren wird, werden diese Spaltungstendenzen durch eine Politik des möglichst ungehemmten wirtschaftlichen Wettbewerbs noch befördert. Das häufig proklamierte »Soziale Europa« hinkt dem Wirtschaftsraum Europa meilenweit hinterher.

Heute bedarf es daher dringend einer Erweiterung der europäischen Integration durch zivilgesellschaftliche Komponenten und konsequente Demokratisierung, wenn sich Europa nicht durch Bürgerferne, Bürokratismus und überflüssigen Regelungseifer endgültig selber diskreditieren will. Der sozialstaatliche Gedanke braucht auf europäischer wie auf nationaler Ebene aber nicht nur eine Wiederbelebung, sondern vor allem auch eine Weiterentwicklung im Sinne von mehr Demokratie und Teilhabe, wenn die Ermöglichung von Freiheit ein realistisches wohlfahrtsstaatliches Ziel bleiben soll. Wenn von einer europäischen

Zivilgesellschaft die Rede ist, geht es also insgesamt um die Themen »Demokratisierung von Staat und Gesellschaft« und »gesellschaftlicher Zusammenhalt«.

Generelle Entwicklung

Strukturen der Zivilgesellschaft in Europa – Ansätze und Hindernisse

Eine europäische Zivilgesellschaft ist bislang – und nach wie vor – nur in Ansätzen zu erkennen. Das liegt nicht nur daran, dass die Europäische Union spätestens seit den Beitritten zahlreicher osteuropäischer Länder (2004: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Ungarn; außerdem Malta und Zypern und 2007: Bulgarien und Rumänien) aus 27 teils sehr unterschiedlichen Staaten besteht und schon allein die Sprachbarrieren für große Schwierigkeiten beim Aufbau einer europäischen Öffentlichkeit als entscheidender zivilgesellschaftlicher Kategorie sorgen. Es liegt vor allem daran, dass Europa lange Zeit und nahezu ausschließlich ein ökonomielastiges Elitenprojekt zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums war – ein Grundzug, der bis heute sehr dominant ist. Die politische Integration Europas verläuft viel langsamer als die wirtschaftliche, was nicht zuletzt am zähen Ringen um die Europäische Verfassung deutlich geworden ist, die als ambitioniertes Projekt der politischen Einheit Europas gestartet war und sich nun jüngst unter dem Titel »Vertrag von Lissabon« mühsam durchs Ziel des Ratifizierungsprozesses schleppte. Hier ist weit und breit keine Spur von demokratischer Emphase und zivilgesellschaftlichem Aufbruch zu erkennen.

Noch zählebiger und widerständiger ist der Prozess der Implementierung eines »Sozialen Europas«. Sobald es um den Ausbau oder die Harmonisierung sozialer Sicherungssysteme in europäischer Perspektive geht, mauern die einen, weil sie die Absenkung der eigenen Standards im Falle europaweiter Regelungen fürchten, während die anderen ihre ökonomischen Standortvorteile gefährdet sehen, wenn sie sich auf Verhandlungen zur Etablierung von Mindeststandards einlassen und damit etwa ihren Ruf als Billiglohnparadiese aufs Spiel setzen.

Die Vorzeichen für die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft in einem Sozialen Europa stehen also derzeit nicht besonders günstig. Vor diesem Hintergrund sind es überraschenderweise die europäischen Institutionen selbst – namentlich die EU-Kommission –, die sich um die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Europa kümmern. Schon

seit den 1990er Jahren gibt es solche Bestrebungen – zunächst in Form von Verlautbarungen, in letzter Zeit aber auch durch konkrete Projekte.³ In jüngerer Zeit ist beispielsweise von der EU-Kommission die Internetplattform *Ihre Stimme in Europa* initiiert worden, auf der Zugänge zu Konsultationen und Diskussionen bereitgestellt werden, mit Hilfe derer sich Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozess der Europäischen Union beteiligen können (vgl. online unter <http://ec.europa.eu/yourvoice/>). Ein anderes Beispiel ist das sogenannte Agora-Projekt der EU-Kommission für mehr Demokratie, Dialog und Diskussion. Hier werden in regelmäßigen Abständen Vertreter der europäischen Zivilgesellschaft eingeladen, um über aktuelle Themen der europäischen Agenda zu diskutieren. Die Konsultationen werden dokumentiert und dem weiteren Beratungs- und Entscheidungsprozess in Kommission und EU-Parlament zur Verfügung gestellt. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 wurde die Europäische Bürgerinitiative eingeführt. Ab sofort kann die Europäische Kommission per Unterschriftenaktion zu legislativen Initiativen aufgefordert werden, wenn mindestens eine Million europäische Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift das bekunden.

Man sieht also, dass der vielgescholtenen Brüsseler Bürokratie das zivilgesellschaftliche Bewusstsein der ca. 500 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger nicht gleichgültig ist (wie gerne unterstellt wird). Allerdings sind solche Projekte wie die eben erwähnten ambivalent. Einerseits sind die Bemühungen der unter dem Verdacht der »Regelungswut« stehenden Europäischen Kommission, selbst dem Ruf des Elitären und Bürgerfernen etwas entgegenzusetzen, durchaus zu begrüßen. Andererseits muss es grundsätzlich skeptisch stimmen, wenn Zivilgesellschaft »von oben« organisiert werden soll (vgl. dazu Stauf et al. 2007). Zu groß scheint die Gefahr der Vereinnahmung und Kontrolle, zumal dann, wenn die Förderung der Zivilgesellschaft mit finanziellen Zuwendungen an Organisationen und Verbände der Zivilgesellschaft verbunden ist. Abhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen gefährdet das kritische Potenzial zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich von Haus aus als Korrektiv zu staatlichem Handeln definieren – und weniger als Zuwendungsempfänger.

Aber auch – oder erst recht – was die Entwicklung selbsttragender bürgergesellschaftlicher Strukturen in Europa angeht, ist bislang eher Skepsis angezeigt. Die Schwierigkeiten sind vielfältig und reichen von

dem nach wie vor bestehenden objektiven Problem der Sprachbarrieren über das hochkomplexe Mehrebenensystem politischer Entscheidungen bis zum Fehlen einer europäischen Identität.⁴ Doch trotz aller Widerstände deuten einige Entwicklungen auf die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft hin. Es geschieht etwas, aber nur langsam und mühsam. So wie es steht, wird auch Europa der mühsame Prozess einer von Widerständen und Widersprüchen gekennzeichneten Entwicklung der Zivilgesellschaft nicht erspart bleiben – ein anstrengendes Projekt, das zunächst kaum Massenbegeisterung weckt, aber ein für die supranationale Demokratie notwendiges Projekt.

Einige Beispiele für zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa

Generell handelt es sich bei der europäischen Zivilgesellschaft um ein extrem unübersichtliches Feld mit starken nationalen und regionalen Unterschieden. Zudem operieren die genuin transnationalen Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft – sieht man von eher global als spezifisch europäisch agierenden Organisationen wie Greenpeace, Amnesty International oder Attac einmal ab – eher im Hintergrund. Es handelt sich um ein »relativ stilles, öffentlichkeitsscheues System« (Kocka 2007: 35), das sich immer noch in seinen Anfängen befindet. Dennoch sind diese Ansätze extrem wichtig für den weiteren Prozess der europäischen Integration. Die mittlerweile mehrere Tausend zählenden Netzwerke, Vereine, Verbände, Initiativen und Bewegungen, die heute in Brüssel präsent sind, erfüllen eine wichtige Funktion im Prozess der politischen Öffnung der Union hin zu mehr Transparenz und Demokratisierung (vgl. ebenfalls Kocka 2007). Im Folgenden sind – im Rahmen der engen Grenzen dieses Thesenpapiers – einige wenige Beispiele für zivilgesellschaftliche Organisationen auf europäischer Ebene aufgezählt:

■ Das »Netzwerk Europäische Bewegung« (European Movement International) organisiert europaweit Kommunikationsprozesse zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Dabei geht es um alle relevanten Themen der politischen Agenda in Europa. Allein die deutsche Sektion hat über 170 Mitgliedsorganisationen, meist Verbände und Großorganisationen. Die Übergänge vom bürgerschaftlichen Engagement zum Lobbyismus sind allerdings fließend, da z. B. auch Arbeitgeberverbände oder der

³ Vgl. zu diesen und anderen Schwierigkeiten bei der Herausbildung der europäischen Zivilgesellschaft Gellner/Glatzmeier 2005.

⁴ Engl.: PES – Party of European Socialists; franz. PSE – Parti Socialiste Européen.

ADAC Mitglieder sind. Hier »rächt« sich die schwammige und auf europäischer Ebene übernommene Definition der Vereinten Nationen, die unter zivilgesellschaftlichen Organisationen generell alle nicht-staatlichen Einrichtungen, also z. B. auch Wirtschaftsunternehmen und Arbeitgeberverbände, versteht. Es fragt sich, was mit einer solchen Definition für die Zivilgesellschaft gewonnen ist.

- Das europäische Bürgernetzwerk »Europa jetzt!« mit Sitz in Berlin versteht sich als Zusammenschluss europäischer Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung der demokratischen Zukunft Europas. Es unterhält eine freie Enzyklopädie zu Europa (»Wiki Europa«) und ist wesentlich eine Plattform für Information, Meinungs austausch und die Formulierung von Positionen zur europäischen Politik. Der Aspekt der Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit spielt hier eine große Rolle.
- Das »Europäische Armutnetzwerk« (European Anti-Poverty Network) ist ein 1990 gegründeter Zusammenschluss von 25 nationalen Netzwerken innerhalb und außerhalb der EU, der sich um den Themenkomplex »Soziales Europa« bewegt. Hier geht es um den Kampf gegen Armut und soziale Exklusion durch öffentliche Kampagnen, Beratung und Aufklärung. In der Deutschen Sektion sind es die in der »Nationalen Armutskonferenz Deutschland« zusammengeschlossenen Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Rotes Kreuz, Paritätischer Wohlfahrtsverband usw.) sowie die Gewerkschaften, die die Mitgliederliste bestimmen.
- Das »European Disability Forum« (EDF) sei hier als ein Beispiel für eine Bewegung zum Schutz und zur Integration von gesellschaftlichen Randgruppen und Minderheiten genannt. Das EDF kümmert sich um die Auswirkungen des europäischen Gesetzgebungsprozesses für Menschen mit Behinderungen. Hier geht es um die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt oder um die Bekämpfung von Benachteiligung und Diskriminierung.

Zivilgesellschaft und Sozialdemokratie

Zivilgesellschaftliche Verankerung der Sozialdemokratie in Europa

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)⁵ ist ein Zusammenschluss von 32 europäischen sozialdemo-

kratischen oder sozialistischen Parteien innerhalb und außerhalb der EU. Sie wurde im Jahr 1992 in der Folge des Vertrags von Maastricht gegründet und ist von der Einsicht getragen, dass zentrale Probleme wie Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Klimawandel nur international, d. h. auf europäischer Ebene, gelöst werden können. So hat man beispielsweise in einem Zehn-Punkte-Papier zum Sozialen Europa zentrale politische Ziele für Europa aus sozialdemokratischer Sicht formuliert.

Dabei geht es um Themen wie Vollbeschäftigung, soziale Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit und Bürgerrechte. Die Zivilgesellschaft als eigenständigen Akteur sucht man in dem Papier indes vergebens. Eher sieht sich die SPE selbst als zivilgesellschaftlicher Akteur in einem geeinten Europa. Dementsprechend sind auch die Verbindungen zur europäischen Zivilgesellschaft eher zufällig und beliebig als systematisch und strategisch ausgerichtet. Die SPE bekennt sich zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger, ohne sich selbst Rechenschaft über die eigenen Bindungen zur Zivilgesellschaft abgelegt zu haben. Daran erkennt man, wie sehr die sozialdemokratische Bewegung sich selbst als integraler Bestandteil der Zivilgesellschaft mit entsprechender Verankerung voraussetzt, ohne dass die Triftigkeit dieser Voraussetzung überprüft werden würde.

Eine stabile Verankerung in gesellschaftlichen Gruppen ist nicht ohne Weiteres zu erkennen. Und selbst gegenüber dem ehemals »natürlichen« Partner der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften, kann man schon lange nicht mehr von einem fraglosen gegebenen Konnex zwischen der Partei der Sozialdemokratie und der organisierten Arbeiterschaft sprechen. Das hängt zweifellos mit den Identitätsproblemen der Sozialdemokratie und ihrem marktliberalen Kurs in vielen Ländern (z. B. Deutschland und Großbritannien) in den letzten zehn Jahren zusammen, die das Vertrauen in die Sozialdemokratie als natürlicher Partnerin der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anhaltend erschüttert haben.

Die traditionellen Partner der Sozialdemokratie

Als die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Marie Juchacz 1919 die Arbeiterwohlfahrt (AWO) gründete, schwebte ihr die Schaffung einer zivilgesellschaftlichen Basisorganisation zur Bekämpfung von Armut und gesellschaftlicher Ungleichheit und zur Schaffung von mehr Chancengleichheit und Partizipation vor. Diese Idee war lange Zeit sehr erfolg-

5 Online unter: www.pes.org/system/files/images/downloads/

Leaflet_10_Principles_EN.pdf.

reich, und für Mitglieder der SPD war es über viele Jahrzehnte selbstverständlich, zugleich Mitglied bei der AWO zu sein – ebenso wie die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft für Sozialdemokraten selbstverständlich war. Diese Selbstverständlichkeiten spiegeln auch die feste Verankerung der SPD in der organisierten Zivilgesellschaft wider.⁶

Heute hat sich die Situation grundlegend verändert. Der Zerfall der klassischen Arbeitermilieus im Zuge umfassender und komplexer gesellschaftlicher Transformationsprozesse und die Tatsache, dass nur noch eine Minderheit der SPD-Mitglieder aus der Arbeiterschaft stammt, hat die einstmals unverbrüchlichen Verankerungen aufgelöst. Damit geht für die Partei ein lebensweltlicher Erfahrungsverlust einher, der es z. B. erklärbar macht, warum die SPD in den Regierungsjahren von 1998 bis 2009 an entscheidenden Punkten dem marktliberalen Mainstream einer angebotsorientierten Politik des Sozialstaatsabbaus folgen konnte. Wenn die unteren Lohngruppen und Bevölkerungsschichten in der eigenen Partei nicht mehr oder nur noch am Rande vorkommen und stattdessen vorwiegend gut ausgebildete Akademiker und Verwaltungsleute das Gros der Parteimitglieder ausmachen, dann geht damit die Perspektive der Betroffenen, d. h. die Perspektive des Kampfes gegen soziale Ausgrenzung und Armut verloren – und damit eine für die Entstehung der Arbeiterbewegung und die Gründung sozialdemokratischer Parteien ganz zentrale Voraussetzung. Für all jene zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich (im weitesten Sinne) mit der sozialen Frage beschäftigen (Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, andere zivilgesellschaftliche Initiativen z. B. im Bildungsbereich), wird die Sozialdemokratie damit als Bündnispartner mehr und mehr irrelevant, und es wird – um das Beispiel des aktuellen Niedergangs der deutschen Sozialdemokratie zu nennen – nach den Jahren der Agenda-Politik für die SPD nicht leicht werden, verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Neue Partner der Sozialdemokratie

Die Frage nach neuen Partnern für die Sozialdemokratie ist sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene nicht leicht zu beantworten. Grundsätzlich besteht – nicht nur für die Sozialdemokratie – das Problem, dass heute zivilgesellschaftliche Akteure, die sich in sozialen Bewegungen formieren, in einer strukturell bedingten Distanz zu politischen Parteien

als Trägern des repräsentativen Systems der parlamentarischen Demokratie stehen. Beinahe alle bedeutenden NGOs der Gegenwart sind dort entstanden, wo das System der offiziellen Politik zumindest in Teilen versagt hat, sei es beim Klimawandel, bei der Globalisierung oder beim Konflikt zwischen Terrorabwehr und Freiheitsrechten (vgl. Massarrat 2003). In allen relevanten Feldern haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen als Kompensation für das programmatische Versagen der offiziellen Politik und der etablierten politischen Parteien gebildet.

Daraus resultiert eine quasi-natürliche Distanz auch zu den Parteien der Sozialdemokratie. Zwar greift beispielsweise die SPD in ihrem Hamburger Programm von 2007 zahlreiche der aktuellen gesellschaftlichen Meta-Diskurse auf, doch gelingt es ihr nicht, daraus – wie etwa im »sozialdemokratischen Jahrzehnt« unter Willy Brandt – ein auch für Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen attraktives Politikprogramm erkennbar werden zu lassen, das mehr als nur proklamatorischen Wert hätte. Mehr oder weniger explizit herrscht in den Reihen der Zivilgesellschaft ein tief verwurzeltes Misstrauen gegen die »Staatspartei« SPD. Das ist für eine Partei, die sich ja von ihrer Basis her selbst als zivilgesellschaftliche Kraft mit dem Anspruch einer breiten Verankerung in der Lebenswelt der Bevölkerung versteht, ein großes Problem, für das bislang noch keine schlüssige Lösung formuliert wurde.

Erst eine gründliche Wandlung auf nationaler und europäischer Ebene würde die sozialdemokratische Bewegung, deren programmatische Ziele – das zeigen alle Untersuchungen dazu – bei einem Großteil der Bevölkerung Zustimmung finden (die also strukturell mehrheitsfähig wäre!) wieder anschlussfähig für große gesellschaftliche Strömungen machen. Die Schritte dahin liegen eigentlich auf der Hand, sind aber in der derzeitigen Situation äußerst mühsam.

Was wäre also zu tun, damit die Sozialdemokratie neue Allianzen mit der Zivilgesellschaft eingehen und damit auch politisch wieder erstarken kann? Zum einen bedarf es einer Neudefinition der sozialen Frage nach dem Scheitern der tendenziell marktliberalen Politik der letzten zehn Jahre. Die Sozialdemokratie in Deutschland und Europa muss wieder klar machen, dass sie sich als »Schutzmacht der kleinen Leute« versteht. Aber sie muss es nicht nur klar machen im Sinne von besserer Kommunikation, sondern sie wird substantielle Korrekturen am Kurs der letzten Dekade vornehmen müssen. Konzepte wie »Welfare to Work« (Großbritannien) oder »Fördern und Fordern« sind nicht nur wegen der damit verbundenen materiellen Einbußen für Millionen von betroffenen Menschen gescheitert. Sie sind vor allem deshalb geschei-

⁶ Grundlegend zum Thema Zivilgesellschaft und Sozialdemokratie vgl. Ehrke 2001.

tert, weil die Konzentration auf eine angebotsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik eben nicht die erhofften Effekte eines gesteigerten Wohlstands für alle nach sich gezogen hat. Stattdessen haben sich die sozialen Spaltungstendenzen massiv verschärft.

Derzeit sind die sozialdemokratischen Parteien so aufgestellt, dass die ursprüngliche Idee, gesellschaftlich relevante und brisante Diskurse aufzunehmen und in den programmatischen Diskurs zu integrieren, beinahe in Vergessenheit geraten ist. Mit einer Politik der »Top-Down-Beschlüsse«, wie sie die Sozialdemokratie als Regierungspartei (etwa in Deutschland und Großbritannien) jahrelang betrieben hat, ist eine offene programmatische Ausrichtung nicht möglich. Zivilgesellschaftliche Diskurse funktionieren nämlich genau andersherum, sind also »bottom-up« strukturiert. Sie sind nicht hierarchisch organisiert und von keiner Staatsraison zusammengehalten, sondern zunächst kommunikative Netzwerke zur Bündelung kollektiver Meinungsströme. Jeder Versuch, den Dialog zu kontrollieren oder zu lenken, muss hier scheitern.

Ein Beispiel aus jüngster Zeit: Der Versuch der SPD, beim Bundestagswahlkampf 2009 die Möglichkeiten des WEB 2.0 einzubeziehen, ist daran gescheitert, dass man versucht hat, den Diskurs zu kontrollieren und kritische Stimmen zur Regierungspolitik der letzten Jahre zu zensieren. Ein Diskurs mit der Zivilgesellschaft kann so nicht funktionieren. Er kann nur gelingen und zu neuen Allianzen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen führen, wenn man die Prinzipien von Responsivität und Transparenz berücksichtigt, d. h. wenn man auch kritische Positionen akzeptiert und als Beiträge zur eigenen programmatischen Weiterentwicklung betrachtet. Der Sozialdemokratie wird nichts anderes übrigbleiben, als sich neuen zivilgesellschaftlichen Formen zu öffnen und alte Strukturen zu

überwinden. Die Diskussion über die Schaffung einer »Dritten Kammer« auf nationaler oder europäischer Ebene (vgl. Massarrat 2003) gehört ebenso dazu wie eine konsequente Einbeziehung des WEB 2.0 (und damit von Millionen von Jungwählern aus der Generation der »Digital Natives«). Bürgerbeteiligung auf allen Entscheidungsebenen, offene Parteilisten bei Wahlen, offene Diskurse, die Abkehr vom Ortsvereinsprinzip und der herkömmlichen Form von Parteiversammlungen sind weitere Elemente einer Öffnung zur Zivilgesellschaft hin. Wenn es historisch richtig ist, dass die Sozialdemokratie als ein Teil der Zivilgesellschaft entstanden ist, dann liegt es auf der Hand, dass sie sich dieser zivilgesellschaftlichen Sphäre zumindest teilweise wieder annähern muss, um zu neuer Stärke und zu neuen Partnerschaften zu gelangen.

Bis es soweit ist, suchen sich zivilgesellschaftliche Gruppierungen eher andere politische Organisationen als strategische Partner aus (etwa die Grünen, die noch am stärksten in der modernen Zivilgesellschaft verankert sind). Oder sie gründen gleich selbst Parteien, wie das Beispiel der Piratenpartei in Schweden und anderen europäischen Ländern zeigt. Solche Parteigründungen und politischen Bewegungen sind unmittelbarer Ausdruck der beschriebenen derzeit mangelhaften Verankerung der Sozialdemokratie in der Zivilgesellschaft. Der Umstand, dass die Piratenpartei als »Derivat« der Zivilgesellschaft mit dem Thema Datenschutz und Freiheit des Internet bei der Bundestagswahl 2009 aus dem Stand zwei Prozent erringen konnte, zeigt, dass es der Bürgerrechtspartei SPD zurzeit nicht gelingt, zivilgesellschaftlich bedeutsame Themen zu besetzen und deren Protagonisten an sich zu binden. Genau hier liegt die konkrete Aufgabe der Modernisierung und Demokratisierung – national wie international.

Literatur

- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main.
- Ehrke, Michael (2001): Zivilgesellschaft und Sozialdemokratie. Electronic ed. FES Library (Online unter: <http://library.fes.de/fulltext/id/00870toc.htm>).
- Embacher, Serge/Lang, Susanne (2008): Bürgergesellschaft. Eine Einführung in zentrale bürgerschaftliche Zukunftsfragen. Bonn.
- Embacher, Serge (2009): Demokratie! Nein danke? Politikverdrossenheit in Deutschland. Bonn.
- Gellner, Winand/Glatzmeier, Armin (2005): Die Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Nr. 36/2005, 8–15.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (1996): Drei normative Modelle der Demokratie. In: Ders.: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt am Main, 277–292.
- Habermas, Jürgen (2008): Ein Lob den Iren. *Süddeutsche Zeitung*, 16.6.2008.
- Kocka, Jürgen (2007): Eine stille Zivilgesellschaft entsteht. In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Nr. 1–2/2007, 33–35.
- Massarrat, Mohssen (2003): Demokratisierung der Demokratie. Zivilgesellschaft. Nongovernmental Organizations. Governance. In: Mohssen Massarrat et al. (Hrsg.). *Bilanz nach den Weltgipfeln: Rio de Janeiro 1992 und Johannesburg 2002 und Perspektiven für Umwelt und Entwicklung*. München.
- Stauf, Eva/Lauer, Felicia/Hamburger, Franz (2007): Verheißungen der Zivilgesellschaft. In: *Social Work and Society. The International Online-only Journal*. Vol. 5/2007 (www.socialwork.net/2007/festschrift/csei/hamburgeretal/index_html#ftn.d53e120).



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
Dr. Gero Maaß
D-10785 Berlin

www.fes.de/ipa
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-86872-271-0

Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Nora Neye
D-10785 Berlin

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (30) 2 69 35-92 48

Alle Texte sind online verfügbar:

www.fes.de/ipa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.